



Dokumentation

16. "Treffen der Menschen mit Armutserfahrung"

nationale Armutskonferenz (nak)

vom 25.-26. Oktober 2023 in Berlin



gefördert durch das



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Impressum und Inhalt

Inhalt

Einführung: Konzeption und Ziel der Veranstaltung	3
Das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung 2023 im Überblick	4
Die Arbeitsergebnisse der Themenforen und Workshops.....	7
→ Zugänge zum Sozialsystem für alle!	8
→ Existenzsicherung ohne Armut!	11
→ Wohnungsnot beenden – Raum für Vielfalt!.....	16
→ Matrix Stadtplanung.....	22
Weitere Aktivitäten im Kontext des und auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung.....	25
Vernetzung in der Europa-AG –EAPN	25
Wahl der OrgaGruppe.....	26
Kinder- und Jugendwerkstatt	26
Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz	26
Medienpreis	27
Zusammenarbeit mit der Klimaallianz	27
Medienarbeit und Politische Gespräche.....	27
Der Beteiligungsprozess im Rahmen des 7. ARB	28

Vorbereitung und Moderation:

Renate Antonie Krause, Michael Dahmen, Monja Ben Messaoud, Kay Raasch, Michael Stiefel, Jürgen Schneider

Protokoll, Redaktion, Fotografien:

Wiebke Rockhoff, Michael David, Elisabeth Kässner, Benedikt Walzel, Michael Stiefel, Monja Ben Messaoud, Renate Antonie Krause, Jürgen Schneider

Kontakt:

Nationale Armutskonferenz, Koordinierungskreis
Jürgen Schneider, Erhard Beckers, Michael David, Carmen Mauerer
armutskonferenz@diakonie.de
<https://www.nationale-armutskonferenz.de/>

Die Bild- und Textrechte werden vertreten durch:

Nationale Armutskonferenz
c/o Diakonie Deutschland
Michael David, Zentrumsleitung Soziales und Beteiligung
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Berlin, 5. Januar 2024
Alle Rechte vorbehalten

Einführung: Konzeption und Ziel der Veranstaltung

Die **Beteiligung** der von Armut Betroffenen an politischen Prozessen der Interessenvertretung ist ein direkter Beitrag zur Armutsbekämpfung. Beteiligung ermutigt. Mit Mut können Widerstände überwunden werden. Die strukturellen Gründe für Armut sind stark. Es braucht Kraft, dagegen vorzugehen. Armut ist ein gesellschaftliches Problem.

Das jährliche „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“ ist ein Beitrag zur **Selbstorganisation** auf persönlicher wie gesellschaftlicher Ebene. Es hilft, gegen Ausgrenzung vorzugehen und Beteiligung an gesellschaftlichen Austausch und Entscheidungsprozessen einzufordern. Damit ist das „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“ auch ein Beitrag zur Stärkung der demokratischen Streitkultur. Bisher Sprachlose gewinnen eine Stimme, werden streitbar und werden gehört, erarbeiten Wege, ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen – genauso wie andere Mitglieder der Gesellschaft dies auch können.

Prozesshaftigkeit ist ein wichtiges Stichwort für die gemeinsame Arbeit, die die Vorbereitung, Durchführung und die weiteren Ergebnisse und Nachfolgeaktivitäten der jährlichen „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“ auszeichnet. Es werden gemeinsam Wege gesucht und gestaltet, Entscheidungen getroffen. Am Anfang ist das Ergebnis noch nicht festgelegt, der Weg dahin wird aber nach vereinbarten Regeln gestaltet. Weit im Vorfeld finden Veranstaltungen statt, die auf das Treffen mit Armutserfahrung hinführen, es vorbereiten, Diskussionsprozesse starten und Themen für das jährliche Treffen vorstrukturieren.

Wann ist Beteiligung gelungen? Wenn Armut und Ausgrenzung Verstummen und Nicht Vorkommen in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen bedeuten, dann bedeutet Überwindung von Armut und Ausgrenzung, **Sprechfähigkeit und Durchsetzungsvermögen** zu erlangen. Das geht nur, wenn Selbstbewusstsein und Selbst-Organisationsfähigkeit entscheidende Maßstäbe sind. Für diesen Kompetenzgewinn, diese gemeinsame Aktivität und diesen Austausch steht das jährliche „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“.

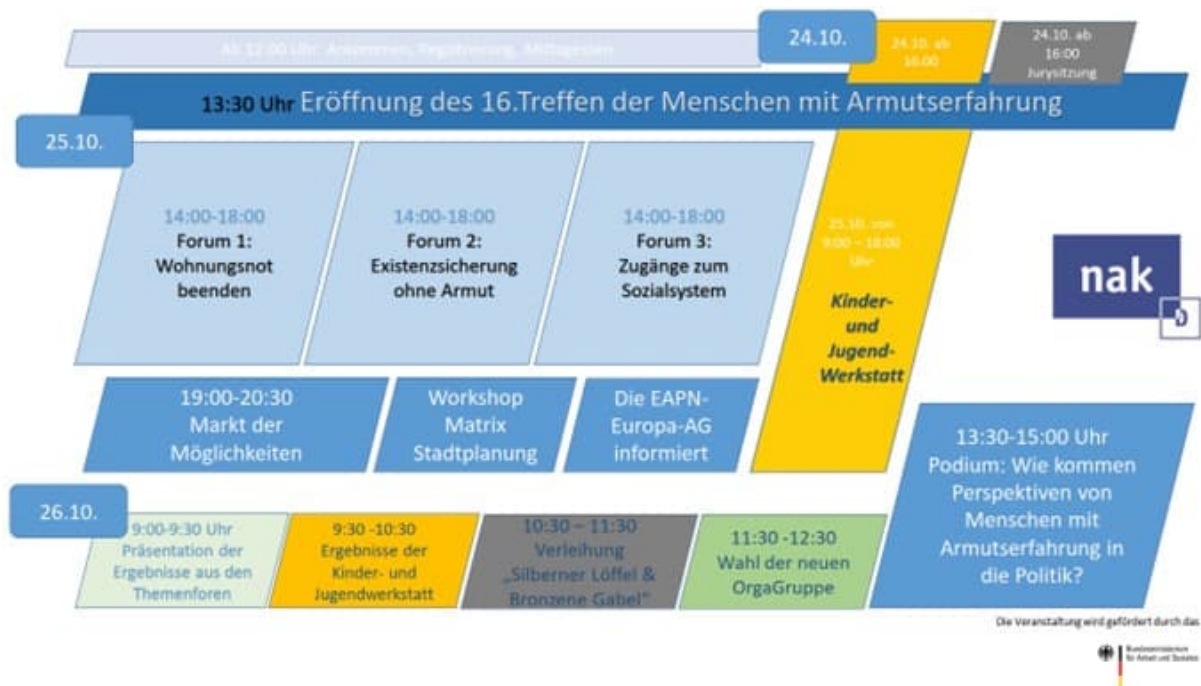
Hierzu gehören **selbst bestimmte und selbst gesteuerte Lernprozesse**. Es geht um persönliche Stärkung, Durchsetzung von Rechtsansprüchen, Förderung von Engagement, Protest und Lobbyarbeit, um Kompetenz im Umgang mit Medien. Fragen, die gemeinsam bearbeitet werden, sind:

- Was brauchen die Beteiligten, damit ihre Interessenvertretung, gelingen kann?
- Was muss ich gelernt haben, damit ich vor einer Gruppe, mit den Medien, mit politischen Entscheider*innen sprechen kann und verstanden werde?
- Wie werden Repräsentanz und Selbstverständnis geklärt?
- Wer ist „Mensch mit Armutserfahrung“? Für wen sprechen die Aktiven öffentlich?
- Welche Gruppen, die in Armut leben, gibt es? Welche Gruppe ist wie stark betroffen?
- Sind diejenigen, die sich am stärksten für Selbstorganisation interessieren, immer diejenigen, die am stärksten ausgegrenzt sind und am meisten Solidarität brauchen?

Es finden also **Prozesse der Repräsentierung und der Qualifizierung** statt. Möglichkeiten, mit Medien, Wissenschaftler*innen und politischen Entscheider*innen zu sprechen, entstehen oft kurzfristig. Professionalität und Kontinuität der Interessenvertretung sind nötig, damit ein solcher Austausch mehr als eine unstrukturierte Darstellung persönlicher Erlebnisse ist. Durch **Prozesse der aktiven Beteiligung** können **nachvollziehbare und repräsentative Konzepte und Forderungen** entwickelt werden, die dann Basis für Veränderungen im Gemeinwesen und der Gesellschaft sein können. Gestärkt bringen sich die Beteiligten in politische Diskussionsprozesse ein, formulieren Forderungen und führen politische Gespräche. Mit diesem Kompetenzgewinn gehen die Teilnehmenden in ihre Interessenvertretungsarbeit zurück.

➔ **Solche Prozesse überwinden Passivität und stärken unsere bedrohte Demokratie und ihre sozialen Wurzeln.**

Das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung 2023 im Überblick



Auf dem 16. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung in Berlin kamen mehr als 100 Beteiligte sowie Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland zusammen, um sich über ihre Situation auszutauschen, gesellschaftliche Probleme zu besprechen und ihre Forderungen auszuarbeiten. Ein Ergebnis des Treffens: Die Kinder und Jugendlichen formulierten einen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz.

„Viele Teilnehmende schilderten ihre Wahrnehmung, dass die aktuellen politischen Debatten völlig an der realen Lebenssituation und der täglich erlebten Not von in Armut lebenden Menschen vorbeigehen“, berichtet Renate Antonie Krause aus Kiel, die das Treffen mit vorbereitet hat. „Statt wirksame Hilfen umzusetzen, werden Menschen in Armut ständig diskreditiert.“ So sei es völlig unklar, welche der mit dem Bürgergeld und der Grundsicherung verbundenen großen Versprechen überhaupt umgesetzt werden. „Im Bundeshaushalt sind die Mittel rapide zusammengekürzt worden, mit denen die individuelle Förderung ermöglicht werden sollte. Und die Menschen in der Grundsicherung im Alter sind überhaupt aus dem Blick geraten“, kritisiert Krause.

Die Teilnehmenden erarbeiteten ihre Forderungen in **Workshops zu den Themen Wohnen, Existenzsicherung und Zugang zu Sozialleistungen**.

Dorothea Starker aus Oldenburg berichtet aus dem **Workshop Zugang zu Sozialleistungen**, dass die Zugangsprobleme für die Bürgerinnen und Bürger zu Leistungen und Hilfen oft schwierig gestaltet seien. „Da fehlt es an allen Ecken und Enden. Den als Helfenden in den Behörden angestellten Personen fehlen oft fachliche Grundlagen, um Armutslagen richtig erkennen und einordnen zu können. Und sie müssen gute Instrumente an der Hand haben, um Hilfen auch schnell und unkompliziert umsetzen zu können. Der Personalmangel ist überall spürbar, oft stehen formelle Vorgänge im Vordergrund, statt die Gewährleistung wirksamer

Unterstützung“. Es fehle aber auch an vorgelagerten Hilfen. So seien Beratungsstellen oft unterfinanziert oder überhaupt nicht vorhanden, Qualitätsstandards in Sozialbehörden und Jobcentern im Sinne einer langfristigen Verbesserung der Lebensperspektiven seien unterentwickelt.

„Außerdem kommen viele Menschen überhaupt nicht mehr an die Hilfen ran, weil sie mit den digitalen Zugängen nicht klarkommen, das höre ich immer wieder“, betont Starker. Aber auch die Stellung derjenigen, die Leistungen in Anspruch nehmen oder benötigen müsse an sich verbessert werden. „Da geht es auch hier ganz stark um Empowerment. Zum Ersten klar sagen und sich trauen: Ich benötige Hilfe, ich nehme aber auch die mir zustehenden sozialen Rechte in Anspruch. Zum Zweiten: Die Hilfesuchenden müssen ernst genommen und respektiert werden. Sie haben ihre eigenen Kompetenzen und Erfahrungen, die für die Verbesserung der sozialen Angebote auch genutzt werden sollten, etwa durch die Mitwirkung in Jobcenter-Beiräten und durch die flächendeckende Schaffung von Ombudsstellen.“ Dorothea Starker fordert: „Aus Sicht der Menschen mit Armutserfahrung gilt aber auch: Sie müssen an sich arbeiten, offensiv auftreten, ihre Rechte einfordern und die Scham überwinden. Ich sage: Schäme Dich nicht für Deine Armut – werde aktiv!“

Fragen der Existenzsicherung wurden in einem weiteren Workshop kritisch diskutiert. „Viele Leistungsbeziehende erleben noch nicht konkret, wie durch das Bürgergeld die Agenda 2010 überwunden wird“, berichtet Peter Ring aus Schwabach in Mittelfranken. Nach wie vor werde viel über die Armen gesprochen, weniger über die Armut und kaum mit den Menschen mit Armutserfahrung. „Da muss sich die Sozialpolitik ändern. Politikerinnen und Politiker müssen diejenigen, für die die sozialen Leistungen entwickelt werden, intensiv in Gespräche über die Ausgestaltung mit einbeziehen. Da sind die Beteiligungsformate des Ministeriums für Arbeit und Soziales ein guter erster Schritt, aber das muss für alle Ministerien und auch für die parlamentarische Arbeit einfach ein selbstverständlicher und ständiger Standard werden.“

Die am Workshop Beteiligten entwickelten deutliche Forderungen an die Ermittlung des Existenzminimums und die Ausgestaltung der Existenzsicherung. „Es muss ganz klar sein: Jeder und jede in Deutschland Lebende muss das Existenzminimum auch tatsächlich sicher zur Verfügung haben“ betont Ring. „Am Lebensnotwendigen darf nicht herumgestrichen und es darf nicht vorenthalten werden. Für ein menschenwürdiges Leben darf es keine Bedingungen geben, das ist ein soziales Grundrecht.“

Auch die Höhe der Leistungen stand zur Debatte. Dabei wurde kritisiert, dass der Gesetzgeber immer noch Elemente eines Statistik- und eines Warenkorbmodells für das Existenzminimum vermische. Peter Ring: „Da wird erst in einer Vergleichsgruppe ermittelt, was Menschen mit geringen Einkommen ausgeben, dann soll dies der Maßstab für den Regelsatz sein, aber schließlich werden bestimmte Ausgaben relativ willkürlich gestrichen wie zum Beispiel Grünpflanzen oder Haustierrfutter. Darum fordern wir, dass es endlich eine einheitliche Methode gibt und diese zeitnah angewendet wird. Hierfür gibt es gute und wissenschaftlich gesicherte Vorschläge. Bedarfe müssen klar benannt und nicht beliebig festgesetzt und die so ermittelte Höhe des Existenzminimums auch tatsächlich ausgezahlt werden. Und das muss für das Bürgergeld wie für die Grundsicherung im Alter gleichermaßen gelten.“

Im **Workshop Wohnen** wurde deutlich, wie existenzbedrohlich die aktuelle Lage am Wohnungsmarkt für Menschen mit wenig Geld ist. „Millionen von Menschen sind von Wohnungsnot betroffen. Das ist ein ganz zentrales Problem und muss endlich zur Kenntnis genommen werden. Die Politik muss ihrer Verantwortung nachkommen, dagegen endlich wirksame Maßnahmen umzusetzen“, fasst Elvira Prescher aus Oberhausen im Ruhrgebiet das Anliegen der Beteiligten zusammen. Es gehe hier nicht um irgendeine Angelegenheit neben anderen, sondern ganz basal um ein menschenwürdiges Leben in Würde: „Wohnen ist ein Schutzraum und zugleich Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben“, so Prescher.

„Das Vertrauen darauf, dass alle Menschen guten und ausreichenden Wohnraum bekommen, hat aber auch noch eine weitere Bedeutung“, erläutert Guido Heinemann aus Ludwigsburg bei

Das 16. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung 2023

Stuttgart. „Wenn ich jeden Tag befürchten muss, gar nicht mehr sicher Wohnen zu können, bedroht das die Menschen ganz existenziell. Nicht zuletzt erodiert so das Vertrauen in den Staat. Das kann bis zu Wahlerfolgen der AfD führen, obwohl deren Programm die Situation der Menschen noch weiter verschlechtern würde. Wohnen ist ein Grundrecht.“

Laut Guido Heinemann und Elvira Prescher formulierten die Workshopteilnehmenden als Kernforderungen:

- Die Antwort auf Wohnungslosigkeit muss immer eine Wohnung sein.
- Leerstand durch Spekulationen beenden!
- Funktionierende Mietdeckelung – selbst für den Mittelstand sind die Mieten zu hoch.
- Digitalisierung und damit Wohnraumzugänge auch für Obdachlose ausbauen, zum Beispiel durch kostenloses und ständig verfügbares Internet, Stromzugang und Hilfe bei der Nutzung.
- Die Macht der SchuFa wirksam begrenzen.
- Mehr Unterstützung bei Mietschulden oder fehlenden Bescheinigungen.

Nicht nur Erwachsene trugen auf dem 16. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung ihre Forderungen zusammen. In einer **Kinder- und Jugendwerkstatt** formulierten Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland einen Brief an den Bundeskanzler. Darin heißt es: „Lieber Olaf, Wir wollen, dass die Lebensmittel günstiger sind und die Klamotten auch. Das Schulessen müsste besser gemacht werden – die meisten sind darauf angewiesen, weil nicht jeder Geld hat, am Nachmittag zu essen. Die Klassenfahrten sollten im Voraus übernommen werden. Bitte gehen Sie gegen Mobbing vor – viele wissen nicht, wie sich Mobbing anfühlt. Sie können etwas tun, damit unser Leben besser wird! Danke, dass Sie diesen Brief gelesen haben! Wir müssen reden, Olaf!“



Die Arbeitsergebnisse der Themenforen und Workshops

Die Ergebnisse des Treffens der Menschen mit Armutserfahrung und die damit verbundenen Prozesse im Überblick:

- **Einsatz und Engagement für bessere Zugänge zum Sozialsystem** und Sozialleistungen – nicht nur Rechte, sondern Verwirklichung und Umsetzung sozialer Sicherung!
- **Kritische Reflektion von Konzepten des Grundeinkommens:** was zählt, ist die soziale Wirkung konkreter Maßnahmen. Utopien können auch unsozial gewendet und missbraucht werden – soziales Engagement und Diskussion sind nötig, damit dies nicht passiert!
- **Das Recht auf Wohnen verwirklichen:** umfassende Maßnahmen gegen Diskriminierung am Wohnungsmarkt und die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen sind notwendig. Bedingung dafür, dass dies durchgesetzt werden kann, sind viele Aktivitäten an vielen Orten und ein enger Austausch mit dem zuständigen Ministerium!
- **Matrix Stadtplanung:** Armutsbekämpfung findet vor Ort statt. Sie ist Gegenstand konkreter Vorhaben und von Engagement in allen Regionen!
- **Armut im Europäischen Kontext überwinden:** die nationale Armutskonferenz steht in enger Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partner:innen, aktiven Menschen mit Armutserfahrung aus allen Ländern!
- **Selbstorganisation ist die Bedingung für gemeinsames Handeln:** Menschen mit Armutserfahrung richten das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung selbst aus, in einem Prozess, der über das ganze Jahr Aktivitäten, Vorbereitungen, Auswertungen und Ergebnisse bündelt und umsetzt!
- **Kinder und Jugendliche sind beteiligt:** die Überwindung von Kinderarmut braucht die Expertise von Kindern und Jugendlichen mit Armutserfahrung, die mit der Kompetenz der Familien- und Kinderschutzorganisationen zusammengebracht wird!
- **Armut und Menschen, die in Armut leben, aus dem Schatten holen:** das gewährleistet der Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz, der erfahrbar macht, was Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung für Menschen bedeutet und als wie menschenfeindlich dies erfahren wird!
- Zur Armutsbekämpfung gehört eine **respektvolle Berichterstattung:** hierzu will die nationale Armutskonferenz ein tragfähiges Konzept für einen Medienpreis entwickeln!
- **Armutsbekämpfung ist Klimaschutz,** wirksamer Klimaschutz ist Armutsbekämpfung: Menschen mit Armutserfahrung verbrauchen am wenigsten CO₂, leiden am stärksten unter dem Klimawandel und sind am deutlichsten von der CO₂-Bepreisung betroffen. Klimaschutz, der wirklich wirkt, bedeutet auch soziale Umverteilung und die Hauptverantwortlichen am Stärksten heranzuziehen!
- **Menschen mit Armutserfahrung sprechen als Expert:innen in eigener Sache:** mit Medien, mit Politiker:innen und auf Demonstrationen!

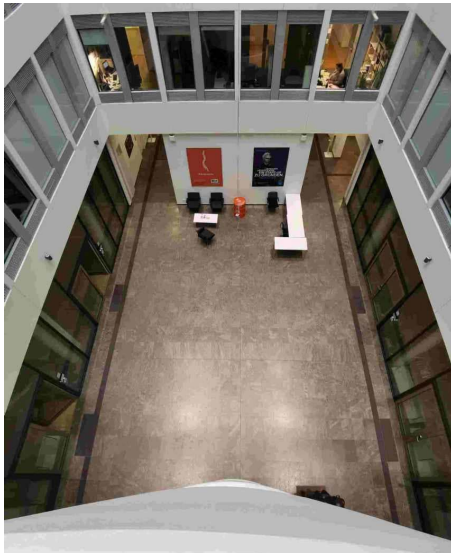
→ Zugänge zum Sozialsystem für alle!

Der Einstieg ins Thema erfolgt durch Kay Raasch mit einem in der FAZ erschienenen Kommentar „Bloß kein Sozialstaat auf Knopfdruck“ mit dem Inhalt, Bringschuld (der Sozialleistungen) kann nur für die ein Ideal sein, dem die Steuerzahler egal sind. Dazu eine protestierende Wortmeldung mit dem Hinweis, dass die staatliche Fürsorgepflicht im Grundgesetz verankert ist.



Um die Komplexität des Gesamtsozialsystems zu verdeutlichen, wird zunächst ein Hinweis auf im Internet verfügbare Leistungsrechner gegeben (z.B. Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag, Grundrente, Pflegegeld, Prozesskostenhilfe; auch Rechner von Jobcentern, z.B. JC Köln, Hannover). Hierzu hat Kay Raasch eine umfangreiche Liste erstellt.

Danach wird ein spezielles Berechnungssystem der „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ vorgestellt, das drei Leistungen verknüpft (Hartz4 - dort noch so benannt-, Wohngeld, Kinderzuschlag) und das kostenpflichtig (30 Euro) verfügbar ist mit der Zielgruppe professionelle Berater, aber auch Betroffene (Bestellmöglichkeiten unter <https://www.erwerbslos.de/medienbestellung>). Hier können sämtliche individuellen Merkmale eingegeben werden (Haushaltsgröße, Miete, Nebeneinkünfte usw.) und als Ergebnis wird eine Empfehlung ausgegeben, welche Leistungen beantragt werden sollten und wie hoch diese vermutlich wären.



Beim Ausfüllen des Rechners für einen Beispielhaushalt wird deutlich, wie komplex und verwoben das Netz der Sozialleistungen ist und wie Einzelleistungen sich ergänzen, überschneiden oder miteinander konkurrieren, ohne dass Klarheit über das Ganze besteht.

Die Inanspruchnahme bei den drei genannten Leistungen ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Gründe dafür sind hauptsächlich das komplizierte System, aber auch überforderte Beratende sowie Unkenntnis und Scham bei den Berechtigten.

In der anschließenden Diskussion wird hervorgehoben, dass selbst dieser Rechner für professionell Beratende nicht für alle möglichen Konstellationen geeignet ist. Als Beispiel wird der Fall genannt, in dem nach Trennung Kinder für unterschiedliche Zeiten in den beiden Trennungshaushalten leben.

Es wird der Vorschlag formuliert, dass die zuständigen Bundesministerien einen entsprechenden aktuellen und vollständigen Rechner erstellen und veröffentlichen, so dass Betroffene problemlos Berechnungen durchführen und/oder überprüfen können.

„Drama“ – Konkrete Probleme beim Zugang ins Sozialsystem

In drei Arbeitsgruppen werden die drängendsten Probleme, Fragen und schließlich Vorschläge für eine Verbesserung der Situation herausarbeitet:

- pro Landkreis mindestens eine Beratungsstelle
- individuelle Förderung zur Unabhängigkeit von sozialen Hilfen verstärken
- Krankenversicherung für alle, auch alle Wohnungslosen
- Erhalt bestehender Beratungsstellen
- Aufrechterhaltung analoger Zugänge trotz Digitalisierung
- einfache Dokumente, einfache Sprache

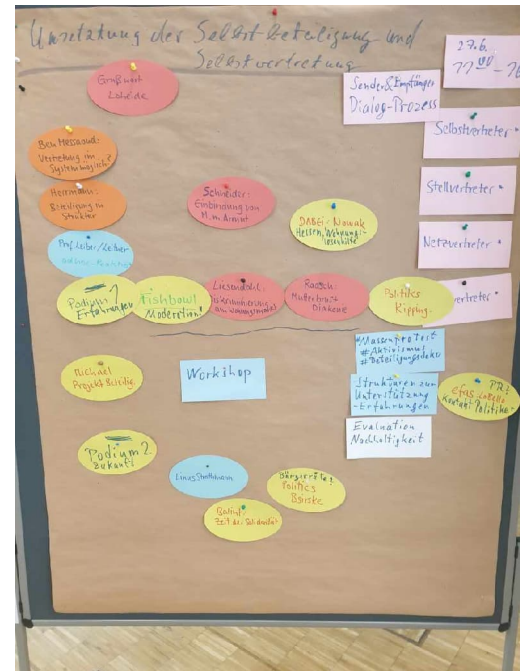
Problemanzeigen:

- Jobcenter erfüllt seine Beratungspflicht nicht – Bürger steht alleine da ohne zu wissen, was tun? Keiner hilft, nicht zuständig
 - es fehlt leichte Sprache, Mehrsprachigkeit, gerade Bürgergeldantrag
 - Mietkaution wird nicht bezahlt
 - Leben am Rande der Legalität durch Armut
 - Anfeindungen und Psychoterror wegen Aktivismus (Armut)
 - für Kinder wird trotz Bedürftigkeit kein Kinderzuschlag gezahlt
 - das Gesetz muss ausgefüllt werden
 - Gesetze auch umsetzen, z.B. Beratung § 57 SGB II
 - Geist der Sozialgesetze beachten = Bürger in Krisen helfen und befähigen zur Eigenständigkeit = Weg raus ermöglichen
 - transparentes Sozialsystem schaffen, mehr auf Agendas achten, Austausch mit „Amsel“ (Beitrag aus Österreich) (*)
 - Grundlegender Abbau und Umgestaltung von Bürokratie
- Beitrag aus Österreich zur dortigen Situation: atypische Beschäftigung, Teilzeitfalle – Armutsfalle, Working Poor, neue Selbständigkeit mit hohen Steuern und Sozialversicherungs-Kosten, Mindestlohn fehlt

Möglichkeiten des Empowerments

Die formulierten Botschaften und Forderungen werden in einem nächsten Schritt in zwei „Aufgabenfelder“ unterteilt: Aufgaben, die persönlich, von jedem Einzelnen, zu leisten sind und strukturelle Aufgaben, die eine Forderung an die Gesamtgesellschaft sind. Einzelne Ergebnisse werden als „Mischformen“ bewertet, die sowohl eine persönliche Aufgabe darstellen als auch eine Forderung an die Politik.

Daraus entsteht folgendes Ergebnis:

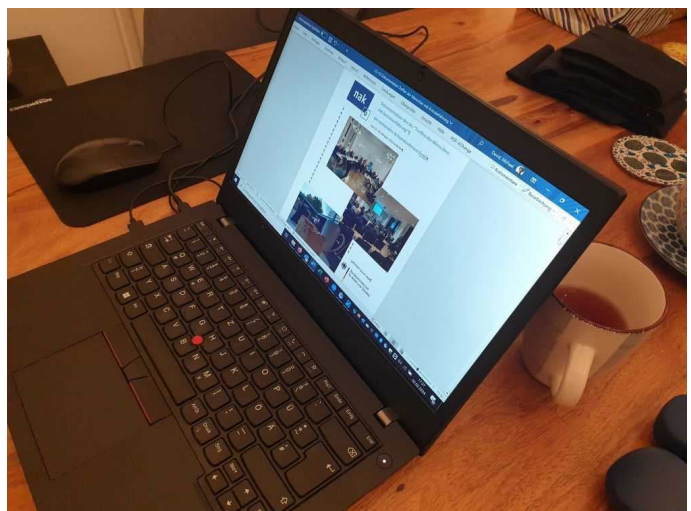


Persönliche Aufgaben	Mischformen: persönlich & strukturell	Strukturelle Forderungen
Vernetzung	mehr Selbstvertretung von Armen	Hilfestellung zur digitalen Teilhabe
Selbstempowerment durch Vernetzung	Bürgerrechte nutzen, eine Demokratie lebt von Mitmachen	lokale Selbsthilfegruppen
Vernetzen – Teilnehmen – aktiv mit Gleichgesinnten organisieren, gemeinsame Ziele erarbeiten, von der Politik Mittel einfordern um das zu ermöglichen	die staatlichen Mittel ausschöpfen, auf Menschenrechten bestehen	fachspezifische Ausbildungen im sozialen Bereich fördern und besser bezahlen
schäm dich nicht deiner Armut		Ausbau der Ombudsstellen
Menschenbild		lokale Selbsthilfegruppen aufbauen für Arbeitslosengeld- und Bürgergeldbeziehende, analog zum Gesundheitswesen
schaffe Transparenz in deinem persönlichen Umfeld		Arbeitsmarktpolitik für alle
den Humor nicht verlieren		Mitbestimmung von Betroffenen im Jobcenter und Sozialamt
		Finanzierung von Beratungsstellen sichern und ausbauen
		Qualitätssicherung im JC
		Übergänge

In der anschließenden Diskussion kommt zum Ausdruck, dass unter „Hilfe zur digitalen Teilhabe“ zwei Teilaspekte zu verstehen sind: Einerseits die Möglichkeit, ein Endgerät (Smartphone, Laptop, PC) und die Betriebskosten dafür zu finanzieren, andererseits die Notwendigkeit der Unterstützung für alle, die diese Technik nicht besitzen oder sich damit nicht auskennen. Diesen Betroffenen muss in irgendeiner Weise durch Beratung und Assistenz Zugang und Bedienung digitaler Nutzung möglich gemacht werden (Stichwort: Online-Anträge). Außerdem soll immer eine analoge Nutzung bzw. ein analoger Zugang zu Informationen, Anträgen usw. möglich bleiben.

Es wird auch besprochen, dass das „Heraustreten aus dem Schatten“, das Öffentlich-machen der eigenen Armut befreiend sein kann. Lügen im Verwandten- und Bekanntenkreis zum Vertuschen der finanziellen Probleme sollten beendet werden, so der leidenschaftliche Appell einer Teilnehmerin.

Übereinstimmend wird festgestellt, dass ein wichtiger Aspekt des Empowerments,



der Abbau von Vorurteilen, nur mit Unterstützung möglich ist, wegen der Erfahrung von Diskriminierung und Stigmatisierung.

In einer weiteren Wortmeldung wird thematisiert, dass der eingeschränkte Zugang zum Sozialsystem teilweise generationsbedingt ist, insbesondere durch gefühlte Stigmatisierung („lieber Flaschen sammeln, als zum Amt“). Diese Personengruppen, vorwiegend Ältere, empfinden also das Stöbern in Mülleimern nach Pfandflaschen als weniger stigmatisiert als den „Gang zum Amt“. Aber auch komplizierte Sprache der Ämter und verwirrende Informationen sind Hinderungsgründe.

Als weiteres Hindernis wird von den aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Teilnehmenden der Mangel an Beratungsstellen in manchen Regionen genannt.

Aus den gesammelten Ergebniskarten wählt abschließend jeder Teilnehmende zwei aus, die als besonders wichtig erachtet werden. Diese Abstimmung ergibt folgende Prioritäten:

1. Als sehr wichtig werden lokale Selbsthilfegruppen erachtet.
2. Gleichauf an zweiter Stelle stehen
 - a. die Forderungen nach gesicherter Finanzierung für Beratungsstellen,
 - b. Arbeitsmarktpolitik für alle und der Wunsch, staatliche Mittel auszuschöpfen und
 - c. auf Menschenrechten zu bestehen.

→ Existenzsicherung ohne Armut!

Der Workshop wird mit drei Impulsen zum Thema Grundeinkommen eingeleitet. **Joachim Winters** vom „**Netzwerk Grundeinkommen**“ vertritt die Pro-Position, **Ralf Krämer** von **ver.di** spricht Contra; **Michael David** von der **Diakonie** stellt den Sinn einer solchen Konfrontation in Frage und erläutert Überlegungen zu einer „Sozialdividende“ für einen begrenzten Personenkreis.

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Joachim Winters erläutert, das **Konzept eines Grundeinkommen** sei schon uralt und bestehe seit Menschengedenken. Schon bei Kindern im Kindergarten sei klar, dass jede:r das Nötige haben muss. Später wird man immer weniger solidarisch. Demnach gibt es seiner Meinung nach keine Leute, die das Grundeinkommen ablehnen, sondern Leute, die sich nicht daran erinnern.

Grundeinkommen ist eine Idee. Es ist immer wichtig, sich mit dem Contra zu beschäftigen, er gibt aber zu bedenken: „Stellt Euch vor, man müsste morgens einen Antrag stellen zu atmen. Es ist noch niemand auf die Idee gekommen, die Luft zu verkaufen.“ Und weiter: „Die Straße ist kostenlos benutzbar. Das ist eine Konvention, die wir eingegangen sind.“





Winters fragt: „Was verbirgt sich denn hinter der Wirtschaft? Es geht doch darum, Menschen wieder in den Grundbedürfnissen befähigen, etwas zu machen.“ Sein Konzeptvorschlag: „Ich bekomme beim Grundeinkommen Geld, damit ich etwas mache, es herrscht kein Zwang. Das Grundeinkommen ist individuell, bedingungslos und ohne Bedürftigkeitsprüfung.“

Er begründet diese Idee damit, dass viele Menschen überfordert wären, Anträge zu stellen. Die Idee sei, dass der Mensch die Freiheit hat, selbstbestimmt zu leben. „Dann können wir ganz viele Probleme leichter lösen“, sagt Joachim Winters, denn: „Nicht durch das Grundeinkommen werden alle Probleme gelöst, sondern die Augenhöhe hergestellt, um Problem lösen zu können.“

Auf die Frage „Warum gibt es die Grundeinkommensszene?“ antwortet er: „Früher konnten die Menschen einfach in den Wald gehen und Holz holen. Später haben das die Feudalherren verboten und es gab einen Ersatz.“ Grundeinkommensbefürworter wie Götz Werner wollten, dass die

Menschen zur Arbeit kommen, weil sie das gerne machen und nicht, weil sie das müssen. Es gäbe niemand, der nicht arbeitet - jeder braucht mal eine kreative Phase.

Der **Beitrag wird rege diskutiert** und nach der Finanzierung gefragt. Dies sei eine Abwehrfrage. Man könnte auch mit 200 Euro anfangen, wenn Nahverkehr umsonst ist. Teilnehmende fragen, ob es nicht reicht, wenn wir erstmal eine sanktionsfreie Grundsicherung haben, wie sie die Initiative „sanktionsfrei“ fordert. Joachim Winters sieht dagegen als Kernproblem des Grundsicherungssystems, dass man sich da outen muss. Auf die Frage nach der Geltung für Flüchtlinge und Staatenlose antwortet er, das Grundeinkommen sei eine weltweite Idee, für alle. Weitere Teilnehmende fragen nach Mehrbedarfen. Dies könne überhaupt nicht garantiert werden. Zwar gäbe es je Menge Konzepte für ein Grundeinkommen, aber damit würde er sich im Detail nicht beschäftigen, das dies eine politische Entscheidung sei. Teilnehmende merken noch an, dass dann ja jeder dasselbe bekäme, auch Millionäre.

Systematische Kritik

Ralf Krämer von ver.di referiert die **Contra-Position** (Präsentation: <https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2024/02/Ralf-Kraemer-contra-BGE.pdf>). Er steigt damit ein, dass er gegen die reine Idee eines Grundeinkommens ja gar nichts hätte, aber „von der Idee kann man sich nichts kaufen“. Es ginge konkret um eine Geldleistung, die der Staat jeden Monat bezahlt. Dafür müsste jede Menge sozialer und ökonomischer Bedingungen erfüllt sein: „Mit der reinen Idee geht es um eine Ideologie.“

Man müsse sich fragen: Ist das Bedingungslose Grundeinkommen überhaupt geeignet und gerecht? Braucht man es überhaupt zur Armutsbekämpfung? Es ginge doch auch um höhere Löhne, bessere Renten etc. Er betont: „Dies soziale Einbindung



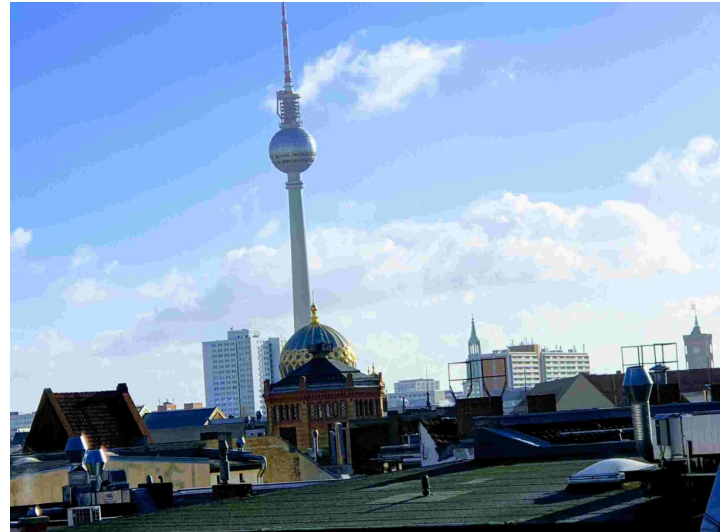
Das 16. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung 2023

und Anerkennung von Leuten hängt nicht nur davon ab, ob jemand einen bestimmten Geldbetrag bekommt. Jede:r muss die Möglichkeit bekommen, ein vernünftig bezahltes Erwerbseinkommen zu bekommen.“ Es folgt der Verweis auf bestehende Ungleichheit: Bei 1.200 Euro für alle ist es ein gewisser Unterschied, ob jemand schon eine Eigentumswohnung hat oder am Rande des Existenzminimums lebt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle setzt ein ungeheures Finanzvolumen voraus, ein riesiges Umverteilungskarussell. Das sei in jeder Hinsicht illusorisch, das gäbe es nirgendwo auf der Welt: „Es gibt höchstens in Alaska einen Check für alle aus den Öleinnahmen, der geringer ist, als hier das Kindergeld.“

Auch wollten neoliberale Konzepte, wie aus dem Silicon Valley kommuniziert, das Sozialsystem abräumen. Krämer prognostiziert: „Dann braucht man gar nichts mehr wie Rente etc., weil man hat ja das BGE, kann die Leute rausschmeißen braucht keine Tarifverträge.“

Heute wären 1.200 realistisch, das wäre ein finanzieller Mehraufwand von 1.000 Mrd. Euro Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Dieses Geld müsste erst einmal erwirtschaftet werden. Ein Grundeinkommen für alle Menschen wäre etwas anderes als eine Verlosung oder z.B. das spendenfinanzierte Projekt in Namibia.



Dazu sagt Ralf Krämer: „Es muss ja auch erstmal Arbeit geleistet werden. Das Bedingungslose Grundeinkommen muss aus dem Volkseinkommen finanziert werden. Grundeinkommen macht doch nur Sinn, wenn man sich etwas dafür kaufen will. Was aber in den Läden ist, ist durch Erwerbsarbeit hergestellt worden. Wenn es die Erwerbsarbeit nicht gäbe, könnten wir



nichts kaufen.“ Gesellschaftliche, nicht bezahlte Arbeit, taue dagegen nicht zur Finanzierung des Bedingungslosen Grundeinkommens, weil darauf keine Steuern gezahlt werden. Außerdem gäbe es auch bestimmte Dinge, die gemacht werden müssen: „Es reicht nicht, irgendwas zur arbeiten, worauf man grade Lust hat, sondern bestimmte Dinge müssen gemacht werden.“ Sein Fazit: „Als Idee kann man das Bedingungslose Grundeinkommen haben, als politische Forderung ist es daneben.“

Es schließt sich wiederum eine **engagierte Diskussion** an. Ein Wegfall von Ämtern etc. wäre nach Ansicht von Teilnehmenden auch im Plus. Hier wird ein Sozialsystem glorifiziert, das wir ja gar nicht haben. Die Frage wäre auch, wie hoch der Anteil von Erwerbsarbeit am Gesamt-Steuervolumen ist und ob nicht auch Vermögen etc. einbezogen werden müssten.

Ralf Krämer schlägt vor, besser konkrete Verbesserungen einzufordern als eine Utopie. Kapitaleigentümer würden nicht die Werte schaffen, sondern sich diese aus der Erwerbsarbeit anderer aneignen. Auch der Wert der Mehrwertsteuer kommt aus Erwerbsarbeit, 70% des Volkseinkommens sind Löhne.

Die richtigen Fragen gestellt? Konkrete Forderungen und Sozialdividende



Michael David von der Diakonie Deutschland bezweifelt, dass eine Pro- und Contra-Debatte dem Gegenstand gerecht wird und sozialpolitisch viel bringt. (Präsentation: <https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2024/02/Michael-David-Existenzsicherung-neu-denken-1.pdf>)

Grundeinkommen ist laut Michael David ein Instrument, kein Ziel. Es müsse also klar sein: was soll das bewirken? Und wirkt es wirklich? Außerdem gäbe es nicht „das Grundeinkommen“. Wie bei jedem Oberbegriff ist Frage: worum geht es konkret? Darum führt er eingangs eine bewusst irritierende Abstimmung mit den Teilnehmenden durch: Wer ist für Bäume? Wer ist für Samstage? Wer ist für Wege? Das soll deutlich machen: Was bringt eine rein philosophische Debatte? Niemand wird sich gegen Bäume, Samstage oder

Wege aussprechen. Das sei einfach abstrakt-philosophisch und bringe konkret für Klärungen nichts. Es kommt auf den einzelnen Baum an, wo er steht, wofür er gut ist. (<https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/juni/grundeinkommen-als-loesung-einer-umfassenden-existenzsicherung>)

Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen (Marx) ist die Beschreibung für einen idealen Endzustand, aber kein konkretes Reformprogramm. Wenn alles schön wäre, wäre jede:r dafür – aber was sind die nächsten Reformschritte? Es ginge ja nicht darum, zu beschreiben, wie das Paradies aussehen soll und ob jede:r damit einverstanden wäre. Das zeigt seiner Ansicht nach: man muss die Fragen richtig stellen, damit vernünftige und hilfreiche Antworten folgen.

Das Konzept „Existenzsicherung neu Denken“

Das gewünschte Ziel, dass dem allgemeinen Diskurs über „Grundeinkommen“ zu entnehmen ist, kann so beschrieben werden: eine mehr soziale, emanzipatorische Existenzsicherung. Das ist aber eben nicht automatisch mit jedem Grundeinkommensmodell deckungsgleich und auch nicht unbedingt in einem realistischen Zeitrahmen umsetzbar. Es gibt Wahlperioden, Entscheidungskompetenzen der verschiedenen staatlichen Ebenen wie Bund und Länder, einen verfassungsrechtlichen Rahmen und die Bestimmungen zur Sozialversicherung, die beachtet werden müssen. Die konkrete Prüfung, was welcher Vorschlag bringt, ist nötig. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann auch neoliberal sein, eine bedarfsgeprüfte, ausreichende Grundsicherung dagegen sozial hilfreich, je nach Gestaltung. Man sehe auch bei Diskussion über „Kindergrundsicherung“, dass es so oder so ausgehen kann und Begriffe allein nicht weiterhelfen.

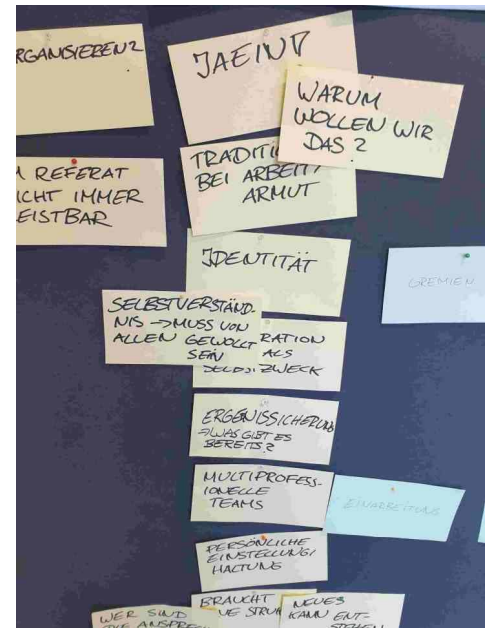


Die Diakonie selbst setzt sich für ein dreigliedriges Modell aus Sozialberatung, Existenzsicherung und Arbeitsmarkthilfen ein. Die Bausteine sollen jeweils eigenständig, in ihrer eigenen Logik und sanktionsfrei funktionieren (siehe <https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/august/erwartungen-an-die-politik-verlaessliches-existenzminimum>)

Bei der Existenzsicherung sollten sich Personen, die regelmäßig weitere Einkommen haben und bisher mit dem Bürgergeld aufstocken entscheiden können, zu Monatsanfang eine Pauschale von circa 1.100 Euro zu bekommen. Diese wirkt wie ein Vorschuss auf späteres Einkommen, das zur Monatsmitte oder zum Monatsende eingeht. Dafür wechseln die entsprechenden Personen mit dieser Entscheidung in eine Steuerklasse 7, mit der dann beim Einkommenszufluss die gewünschten Anrechnungssätze von 65 bis über 70 % je nach Einkommenshöhe verwirklicht werden.

Belastende Hin- und Rückrechnungen beim Grundeinkommen, die bisher für Leistungsbeziehende mit wechselnden Zuverdiensten immer wieder neue Probleme schaffen, können so vermieden werden. Andere Haushalte und Personen, die völlig auf eine staatliche Existenzsicherung angewiesen sind, würden dagegen weiterhin eine bedarfsdeckende Grundsicherung – mit Nachweisen und Antragsprüfungen – erhalten. Die mit der Steuerklasse verwirklichte „Sozialdividende“ löst Anrechnungsprobleme ohne bürokratischen Aufwand und ist bei höheren Einkommen nicht mehr attraktiv. Menschen, bei denen die Steuerklasse 7 längerfristig ungünstig wirkt, sollen dann einen Hinweis vom Finanzamt erhalten, dass sie besser wieder in die Normalbesteuerung wechseln sollten.

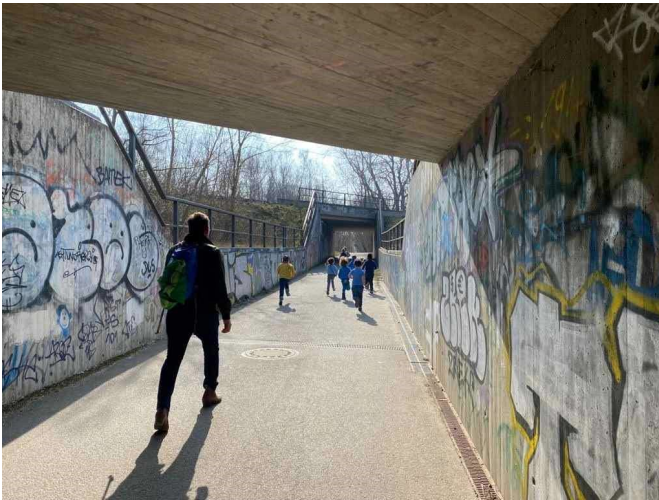
Die Moderatorin Renate Antonie Krause weist auf das Buch von Rutger Bregman „Utopien für Realisten“ hin, in dem solche Fragen diskutiert werden. In der **anschließenden Diskussion** wird die Frage nach dem **Zusammenhang von Überwachung, Sanktionen und Sozialarbeit** gestellt. Es sei positiv, wenn die Vermischung von Existenzsicherung, Sozialarbeit und Arbeitsmarktpolitik aufgehoben wird.



Es folgen Nachfragen zu Details, die noch geklärt werden müssen, etwa: wie ist es mit **Menschen in Werkstätten**, was gilt bei **Freiwilligendiensten**, bei **Studierenden**; wie wird mit den **Mietkosten** je nach Wohngebiet und unterschiedlichen Regionen umgegangen. Michael David meint, hier könnten sich die Betroffenen entscheiden, ob sie bei weiterem Bedarf noch zusätzliches **Wohngeld** (statt Kosten der Unterkunft) beantragen. Sie wären aber dazu nicht verpflichtet, sondern könnten auch bei der einfachen Pauschale bleiben, wenn sie keine detaillierten Anträge mit Prüfungen erleben möchten. Manche Teilnehmende befürchten, dass Menschen von den Jobcentern in prekäre Jobs oder Freiwilligendienste plus Sozialdividende gedrängt werden könnten.

Auf Nachfragen zur **Grundsicherung im Alter** erläutert Michael David, dass hier eine Kombination von nicht ausreichenden Einkommen aus der gesetzlichen, betrieblichen oder privaten Altersvorsorge mit der Sozialdividende und dem Wohngeld möglich sei.

Auf besonderes Interesse stößt das Modell der Sozialdividende bei Teilnehmenden, die hier eine unkomplizierte Möglichkeit der Existenzsicherung für **Künstler:innen** mit schwankenden Einkommen sehen.



→ Wohnungsnot beenden – Raum für Vielfalt!

Programm:

1. Studienvorstellung (Arndt Liesendahl, Prof. Christoph Gille/ Hochschule Düsseldorf)
2. Vortrag „Was sagt die Wohnungsnot über den Zustand unserer Demokratie?“ (Monja Ben Messaoud)
3. Verschiedene Initiativen stellen sich vor
4. Europäische Aktivitäten

Die Veranstaltung wird begleitet von André Riemer, Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Studienvorstellung: Diskriminierung bei der Wohnungssuche

Arndt Liesendahl, der als Mensch mit Armutserfahrung selbst diese Befragung angestoßen hat, stellt sich und seinen Weg in den Aktivismus vor. Die partizipative Studie „Barrieren & Diskriminierung von Wohnungslosen Menschen am Wohnungsmarkt“ basiert auf der Zusammenarbeit mit der Hochschule Düsseldorf / University of Applied Sciences. Prof. Christoph Gille und Arndt Liesendahl berichten von ersten Studienergebnissen (siehe **Präsentation** <https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie-Wohnungslosigkeit.pdf>).

Diskutiert werden soll, was die Teilnehmenden davon halten und was davon in die Öffentlichkeit getragen werden soll. An der Befragung haben 350 von Wohnungslosigkeit Betroffene teilgenommen und ihre subjektiven Erfahrungen geschildert. Die Befragungen wurden vom Team der Hochschule sowie von aktiven Menschen mit Armutserfahrung anhand eines Fragebogens durchgeführt. Dieser stand auch Online zur Verfügung und konnte dort ausgefüllt werden.

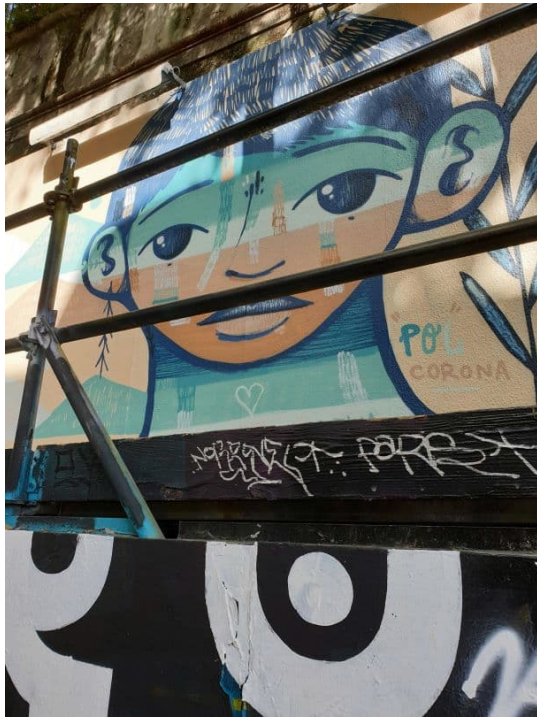
Zur Diskussion gestellt werden **zentrale Ergebnisse der Befragung**. So erfolgt die **Wohnraumsuche** auch unter Wohnungslosen auf konventionelle Weise. Resignation

ist verbreitet, die Hürden sind hoch. So muss z.B. nach einer Haftstrafe oder bei anderen Problemen erst einmal eine **neue Perspektive** entwickelt werden. Die **institutionelle Unterstützung** spielt eine sehr große Rolle, diese wird auch überwiegend positiv bewertet. Sie umfasst den Zugang zu Technik und Infrastruktur, gibt Motivation und Hilfestellung beim Ordnen der Sachverhalte, die zum Wohnungserwerb geklärt werden müssen und bietet einen Schutzschild gegen Diskriminierung.

Aus den Reihen der Teilnehmenden wird in einer ersten **Diskussion** viel Kritik an Einrichtungen geäußert. Sie würden viel Geld bekommen, aber nicht gut helfen. Andere Diskutierende mahnen eine Differenzierung an. Viele Einrichtungen hätten auch Kapazitätsprobleme. Als wichtig werden Ansätze genannt, die Hilfe zur Selbsthilfe besser zu unterstützen.

Weitere Studienergebnisse werden vorgestellt. Demnach gäbe es viel negative Rückmeldungen in Bezug auf zuständige **Ämter**, allerdings auch einige positive. Dies gilt insbesondere, wenn Ämter zugehend arbeiten und sich in Wohnungslosigkeit befindenden Personen aktiv zuwenden. Beim Umgang mit der Wohnungslosen

sigkeit und der Wohnungssuche sind häufig etwas entferntere **Verwandte und Bekannte** sind oft wichtig. Eine besondere Herausforderung sei, nicht zu resignieren und **Resilienz** zu entwickeln. Bei der Woh-



nungssuche sei es wichtig, eine gute Inszenierung zu schaffen. Glück ist ein entscheidendes Momentum, geplante Interventionen sind dagegen kaum erfolgreich.

Bei der Wohnungssuche gibt es deutliche **Barrieren**. So fehlt Geld zur Informationsbeschaffung, etwa durch Zeitungen, Wohnungslose haben auch keinen Internetzugang. Beklagt wird, dass Einrichtungen nicht durchgängig online-Zugänge anbieten. Die größte Barriere sind negative Schufa-Auskünfte oder Schulden, im besten Fall helfen nur unwahre Auskünfte. Letztlich führe die Schufa dazu, dass es einen für viele nicht zugänglichen Wohnungsmarkt gibt und Wohnungslose nur Zugang zu besonders geschützten Marktsegmenten haben.

In der **Diskussion** weisen Teilnehmende darauf hin, dass sich Vermietende von positiven Inszenierungsversuchen in der Regel nicht beeindruckt ließen. Als weiteres Problem wird eine fehlende direkte Kostenübernahme durch Jobcenter und werden zu lange Prüfungsvorgänge bei Angemessenheit und für Finanzierungszusagen genannt. Auch seien Wohnungen aus

dem geschützten Marktsegment meist nicht barrierefrei und könnten von Personen nicht genutzt werden, die hierauf angewiesen sind. Hier fehle auch zusätzliche Unterstützung bei der Herrichtung, private Unterstützungsangebote oder Netzwerke dafür gäbe es meist nicht.

Weitere Studienergebnisse weisen auf eine aktive **Diskriminierung** bei der Wohnungssuche hin, gegen die auch die bestehenden Regelungen des Antidiskriminierungsgesetzes in der Realität nicht helfen würde. Schon allein fehlendes oder geringes Einkommen gelte nicht als Diskriminierungstatbestand. Zwei Drittel der Befragten geben an, bei der Wohnungssuche diskriminiert zu werden, weil sie wohnungslos seien oder Geld vom Jobcenter bekommen. Mitunter wird sogar direkt gesagt, dass keine Wohnungslose genommen werden, oder Wohnungssuchende müssten sich moralische Vorträge von Einzelvermietern und Gesellschaften anhören, warum sie in einer Wohnsituation nicht tragbar seien. Auch würden andere Bewerber:innen sie beschimpfen und diskreditieren. Ein Fünftel der Betroffenen haben sich bei den Vermietern oder bei Trägern beschwert.

In der **Diskussion dieser Teilergebnisse** bestätigen viele Beteiligte die Einschätzung, dass das Antidiskriminierungsgesetz nicht helfe und Vermietende die Macht hätten, einfach zu definieren, wen sie haben wollen. Auch stelle die Beweislast bei Diskriminierungen eine unüberwindbare Hürde dar. Allerdings gäbe es laut öffentlicher Äußerungen insbesondere aus der Politik auch Vermietende, die zu schätzen wissen, dass die Miete bei Leistungsbeziehenden



sicher vom Jobcenter gezahlt wird. Diese Erfahrung wird von den Teilnehmenden allerdings nicht bestätigt.

Es folgt die generelle Diskussion: **Was bedeuten die Daten? Welche Aussagen verbergen sich darin? Welche Botschaften sollen Menschen mit Armutserfahrung auf dieser Grundlage in ihrem politischen Engagement stark machen?**

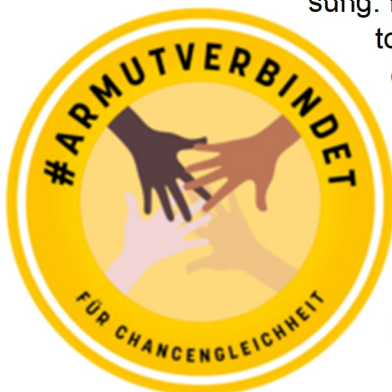


Die Diskutierenden tragen bei und regen an:

- Der Blick müsse auch auf Altersarmut gerichtet und die Daten entsprechend ausgewertet werden.
- Die Ordnungsrechtliche Unterbringung sei nicht die wichtigste Hürde bei der Überwindung von Wohnungslosigkeit.
- Innerhalb der Jobcenter ist die Art, wie gearbeitet wird, extrem unterschiedlich.
- Die Antwort der Gesellschaft auf Wohnungsnot seien immer schlechtere Angebote der Notübernachtung, quasi eine Not-Industrie; die Antwort auf Wohnungslosigkeit müsse aber immer eine Wohnung sein.
- Das Anti-Diskriminierungsgesetz bietet Ausnahmemöglichkeit für kleine Vermieter:innen. Der entsprechende § muss gestrichen werden.
- Vor allem ein Problem von wohnungslosen Frauen, das auch teilweise in der Studie auftaucht, ist Couch surfing, das Übernachten bei ständig neuen Personen, Bekannten oder Unbekannten, die einen unsicheren Schlafplatz anbieten. Dies fördert persönliche Abhängigkeiten bis hin zu Ausbeutungsverhältnissen.
- Andere Wohnformen wie Bauwagen sollten unterstützt werden, wenn Wohnungslose so selbst für eine Unterbringung sorgen können, so könnten z.B. städtische Grundstücke dafür bereitgestellt werden.
- Es ist keine Lösung, irgendwo unter unsicheren und unklaren Bedingungen einzuziehen. Dies kann auch zum Verlust von Rechten führen.
- Ämter informieren nicht proaktiv zu besseren Möglichkeiten, z.B. mehr Wohnraum für Kinder, die regelmäßig zu Besuch kommen; oder sie entscheiden sehr unterschiedlich.

Vortrag: Was sagt die Wohnungsnot über den Zustand unserer Demokratie?

Monja Ben Messaoud bewertet in ihrem Beitrag aus Sicht von Wohnungslosen und Menschen mit Armutserfahrungen selbst **die Bedeutung von Wohnungslosigkeit** für den Zustand der Gesellschaft und der Demokratie (. Demnach habe sich das Mietrecht verschlechtert. Der **Wohnraum** sei zur Spekulationsmasse geworden, Vermietung nicht mehr der erste Zweck. Prekarisierung bestehe überall. Um diese Probleme zu lösen, sei Bauen nicht die Lösung. Der Immobiliensektor erzeugt laut Referat mehr Einnahmen als die Autoindustrie, als weitere verschlechternde Faktoren kommen der Umbau des Rentensystems und die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit dazu.



Laut Ben Messaoud muss **sozialer Druck** durch sehr unterschiedliche Menschen aufgebaut werden, um dagegen vorzugehen: Weg mit der Individualisierung, hin zur strukturellen Themenbearbeitung. Vergemeinschaftungsmöglichkeiten müssen ausgebaut und die Unverletzlichkeit der Wohnung (wenn eine vorhanden ist) garantiert werden.

Die Voraussetzung für Wandel sei das **Verständnis der sozialen Situation**. Demokratie bedeutet demnach, Transparenz, Rechtssicherheit und Rechtsmittelklarheit zu gewährleisten.

Um **Wohnungsnot zu überwinden**, sei eine Objektförderung unzureichend, da am Bedarf vorbei gebaut wird. Auch die Subjektförderung ist unzureichend, die Jobcenter agieren unterschiedlich und wie sie agieren. Auch Reformen in Richtung Steuerbefreiung helfen nicht und das Geld fehlt für andere Aufgaben.



Nötig sind **Jurist:innen**, die Aktiven Menschen mit Armutserfahrung die entsprechenden Hinweise geben, wie rechtliche Vorgaben reformiert werden können. Bisher werden Armutsbetroffene und Geflüchtete als Sündenböcke missbraucht. Eine andere Haltung ist nötig: von Opfern zu selbstbewusst und sachlich Analysierenden werden.

Noch in der **Erstfassung des Grundgesetzes von 1948**, die seinerzeit in Herrenchiemsee diskutiert wurde, hieß es: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen“. Marcel Fratzscher vom DIW weist darauf hin: „Kaum ein Land besteuert Armut so stark und Vermögen so gering wie Deutschland“

Im Anschluss **diskutieren** die Anwesenden mögliche **Forderungen**. Manche fragen, ob eine eigene Partei eine Lösung wäre, andere sind skeptisch, da dies teuer und kompliziert ist. Klar sei: es geht nur gemeinsam, eine:r muss zuerst loslaufen, damit sich etwas bewegt. Gefragt wird auch, ob Betroffene zu hohe **Erwartungen an den Staat** haben. Es reicht nicht, nur seine Stimme abzugeben. Gefragt wird: Wäre ein genossenschaftliches Modell des Zusammenlebens besser? Große Sorgen bereitet der **Klimawandel**. Prognostizierte Todeszonen aufgrund des Klimawandels werden laut Teilnehmenden unsere Welt von Grund auf ändern und

auch Anforderungen an unsere Organisation stellen.

Zur Frage „Wie kann ich mich **aktiv in den Staat einbringen**?“ wird vorgeschlagen, eine Plattform analog „Sichtbar werden“ wie in Österreich zu bilden, ein „Parlament der Ausgegrenzten“.

Ergänzende Hinweise gibt es auf die Notwendigkeit von Aktivitäten für **wohnungslose Männer und Frauen mit Kindern**.

Auch sollten **Nutzungsvereinbarungen** in Unterkünften nach Ordnungsrecht abgeschafft werden.

Vorstellung von Initiativen

Im Anschluss stellen sich **Initiativen und Personen** vor, die **im Themenfeld Wohnen und Wohnungslosigkeit aktiv** sind und geben so Anregungen für politische und gesellschaftliche Aktivitäten von Menschen mit Armutserfahrung.

Arndt Liesendahl ist **Experte in eigener Sache**. Für 2024 plant er zwischen dem 29.01. und 01.04.24 Aktionstage, um Armut sichtbar zu machen, will den Fokus auf Jugendarmut und Altersarmut legen und dies mit der Vorstellung der eingangs referierten Studienergebnisse verbinden. Mitstreiter:innen sind willkommen und sollen ihn bitte kontaktieren.

Michael Dahmen engagiert sich beim **Obdachlosenexpress Darmstadt**. Die seit

2021 bestehende Projektgruppe entstand aus einer kirchlichen Gemeinde heraus. Die Beteiligten gehen mit dem Bollerwagen zu den Menschen. Freitag nachmittags gibt es Verteilaktionen in Darmstadt (Nahrung, Hygieneartikel, Decken/ Schlafsäcke), mit Verweis an professionelle Stellen. Zugleich werden religiöse Schriften und Infos über Anlaufstellen in mehreren Sprachen werden verteilt. Bei Interesse kann Michael Dahmen gerne angesprochen werden.

Pete Ording setzt sich ein für **Wohnungen für Wohnungslose in Bremen**. 2020 erfolgte die Vereinsgründung „Obdachlosenwohnraumhilfe e.V.“ durch mehrere Personen. Der Verein mietet selbst voll ausgestattete Wohnungen an. Er bietet Betreutes Wohnen: Regelmäßig kommt jemand vorbei, um Unterstützung anzubieten. Gesucht werden auch Investoren, die Wohnungen für den Verein kaufen. Jede Unterstützung der Initiative ist sehr willkommen (www.obdachlosen-wohnraumhilfe.de).

Ingo Hinzowski versucht mit dem Verein „**Anders sozial Dortmund**“ ebenfalls, Immobilien anzumieten oder zu kaufen. Dies betrifft auch renovierungsbedürftige Liegenschaften, die dann in Eigenregie saniert werden sollen. Die Gemeinnützigkeit ist geklärt, Fördergelder sollen eingeworben werden. Eine Selbstvertretung von Wohnungslosen und durch Wohnungsnot benachteiligten Menschen ist dem Verein angegliedert. Deren Ziel ist, Verbesserungen in den Unterkünften zu erkämpfen und Verdrängungen aus dem Innenstadtbereich zu skandalisieren, die Beteiligten haben ein sehr großes politisches Interesse. Verbindungen bestehen auch zur Aktion „Schlafen statt Strafen“ und der Initiative „Face to face“ (<https://anderssozialdortmund.de>).

Susanne Hinneberg ist bei der „**Union für Obdachlosenrechte Berlin (UFO)**“ aktiv. Diese ist eine Selbstvertretung, hervorgegangen aus dem Projekt „Zeit der Solidarität“, einem Interviewprojekt anstelle der ursprünglich geplanten zweiten Zählung von Obdachlosen. 200 Gespräche wurden dokumentiert; im Nachgang Veranstaltungen zur besseren Vernetzung durchgeführt. Als Reaktion auf die Überforderung von Sozial-



arbeitenden bei der Konfrontation mit Obdachlosigkeit gibt es Angebote der Mediation. In den Bezirken und auf Landesebene werden die Sozialausschüsse sensibilisiert, vor allem, um den fragwürdigen Leitfaden zur ordnungsrechtlichen Unterbringung nach dem „Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz“ (ASOG) zu verändern.

Karsten Dunzweiler engagiert sich beim Armutsnetzwerk, das seit über 10 Jahren als Selbstorganisation aktiv ist. Ursprung war die Website „berberinfo“; die Vereinsgründung aus dem Netzwerk heraus erfolgte 2012. Das Armutsnetzwerk ist Mitglied der Nationalen Armutskonferenz, auch im Vorstand des Evangelischer Bundesfachverband Existenzsicherung und Teilhabe (EBET) e.V. vertreten und kooperiert mit zahlreichen Verbänden und Partnern. Es arbeitet im Beirat zum Wohnungslosenberichterstattungsgesetz mit und setzt sich für die Sichtbarmachung von Wohnungslosigkeit und Armut ein. Forderungen sind u.a.: Palliative Maßnahmen, bessere Unterbringung und Wohnungsbau. (<http://www.armutsnetzwerk.de/>)

Roderich Pohl ist bei der **Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.** aktiv. Seit der Vereinsgründung ist die Selbstvertretung bundesweit Gesprächspartner und vertritt eine differenzierte Meinung zum Thema Wohnungslosigkeit. Die Positionen soll möglichst viele Perspektiven einbinden. Die Selbstvertretung veröffentlicht Positionspapiere, führt Gespräche mit politisch Verantwortlichen und unterstützt den Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit. (<https://selbstvertretung-wohnungsloser-menschen.org/>).

Stefan Schneider hat die **Wohnungslosen_Stiftung** aufgebaut. Einige Angebote dieser Organisation sind:

- Buchvorstellung am 17.01.24 von Klaus Jünschke „Gefangen & Wohnungslos“
- 22.-26.02.24 Offenes Netzwerktreffen Nürnberg
- 01.-04.03.24 Workshop Selbstverteidigung für Wohnungslose Frauen Berlin
- 01.-05.10.24 Offenes Netzwerktreffen Michelstadt (Hessen) (www.wohnungslosenstiftung.org)

Susanne führt mit dem **Verein Querstadt-ein** in Berlin Stadtführungen mit und durch ehemals obdachlose Menschen durch und will dabei Schüler:innen als Steuerzahler:innen von morgen sensibilisieren. (<https://querstadtein.org/ueber-uns/verein/>)

Sandra von der **Armutskonferenz Österreich** ist Vertreterin von „sichtbar werden“, einer Plattform der Armutskonferenz Österreich. Diese hat das Ziel, den Klischees entgegenzutreten, z.B. durch das Angebot

von Stadtführungen. (<https://www.armuts-konferenz.at/aktivitaeten/sichtbar-werden.html>)

Jürgen Schneider ist beim europäischen Anti-Armutsnetzwerk EAPN im Rahmen **Europäischer Aktivitäten engagiert**. Hier wurde die Gruppe EPOCH 2020 bei der Sozialkonferenz in Lissabon beschlossen. Deutschland hat sich verpflichtet, das europäische Ziel zur Abschaffung von Armut anzuerkennen, daher gibt es den „Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit“ in Deutschland, der Mitte März 2024 verabschiedet werden soll; darauf aufbauend soll es ein Nationales Forum Wohnungslosigkeit geben. Die Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V. ist Mitglied im Lenkungskreis.

An **André Riemer, Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**, werden die folgenden Fragen zu Leitlinie 5 im neuen Entwurf des Aktionsplans: Zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für das Thema, gerichtet:

- Wir brauchen eine interdisziplinäre Perspektive (Mietrecht etc.), wie wird die geschaffen?
- Warum wird eine so geschlossene Runde wie der Lenkungskreis geschaffen?
- Welche Maßnahmen werden geschaffen, um sofort Abhilfe gegen Wohnungslosigkeit in Anbetracht des bevorstehenden Winters und Hitzesommers zu schaffen?

Es wird über die Koordination des „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“ eine Abfrage erbeten, die Fragen an das Ministerium, Herrn Riemer zusammenträgt und evtl. einen Termin organisiert.

→ Matrix Stadtplanung

Am Abend des ersten Veranstaltungstages wurde das Thema Wohnungsnot weiter vertieft. Eingeladen war der Architekt und Aktivist Peter Mathé, um von seinen Erfahrungen zu berichten und gemeinsam Ideen zu entwickeln, wie dem Problem der Wohnungsnot begegnet werden kann. In die Diskussionen brachten sich verschiedene Gruppen mit ihren Ansätzen ein:

Architects for Future

Architects for Future (A4F) ist eine kritische Organisation die sich mit Fragen rund um nachhaltigeres Bauen beschäftigt. A4F machen zu diesem Thema viel Bildungsarbeit und bringen sich in politische Prozesse ein, um Rahmenbedingungen zu verändern. In Berlin ist diese Bewegung von Architekten stark gegen Abriss engagiert, nicht nur aus sozialen, sondern auch aus ökologischen Gründen.

Ein Befund ist, dass das technische Wissen meist vorhanden ist, die größte Hürde ist meist der fehlende politische Wille.

Projekt Habersaathstraße

Peter selbst ist Architekt und vor allem in dem Projekt Habersaathstraße aktiv. Das Gebäude Habersaathstr. 40-48 ist ein ehemaliges Schwesternwohnheim der Charité, das später privatisiert wurde. Dieser Privatisierungsprozess endete in Entmietungen bis Ende 2010 nur noch ca. 10 der 60 Wohnungen belegt waren. Eine Gruppe von Aktivist:innen besetzte dann 2020 das Gebäude zum ersten Mal. Es wurde jedoch noch am selben Tag geräumt. 2021 startete die Gruppe einen neuen Versuch und besetzte das Gebäude wieder. Dieser Versuch verlief erfolgreicher. Die Gruppe besetzt das Haus weiterhin. Es wohnen dort 60 Personen. Kurz nach der Besetzung wurde von Seiten der Politik eine Duldung des Projekts zugesagt, auch die Meldung beim Einwohnermeldeamt sollte möglich sein. Bisher ist dies jedoch nicht möglich.



Bei dem Projekt handelt es sich noch immer um eine illegale Besetzung. Auch anfangs angebotene Sozialberatung kann inzwischen nicht mehr stattfinden, weil keine Unterstützung von Seiten der Politik besteht.

Darum ist es aus der Erfahrung der Teilnehmer:innen wichtig, die Frage des Hausrechts zu klären. Im Fall der Habersaathstraße gab es am Anfang der Besetzung ein Hausplenum aus einer Gruppe von Menschen, die schon längerfristig zusammenarbeiten. Es wurde gemeinsam eine Liste erstellt und vom Hausplenum entschieden, wer einziehen darf.

Ein selbstverwaltetes Hausprojekt in Köln scheiterte jedoch unter anderem daran, dass die Stadt das Hausrecht hatte und entscheiden konnte, wer einziehen darf. Daraus resultierten viele Probleme und führte dazu, dass das Projekt aufgelöst wurde. Im Fall der Habersaathstraße duldet der Eigentümer die Besetzung. Die Rechtslage ist allerdings sehr kompliziert und kann an dieser Stelle nicht im Detail dargestellt werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass eine „Nachahmung“ schwierig wäre. Das Projekt Habersaathstraße ist entstanden, um darauf aufmerksam zu machen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann, wenn leerstehende Gebäude konsequent genutzt werden. Klar ist jedoch auch, dass eine Besetzung keine allgemeine Lösung sein kann, um Wohnungsnot zu lösen.

Housing First

Housing First-Ansätze sind ein Mittel, um der Wohnungsnot zu begegnen und Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sie sind aber kein Allheilmittel. Housing First bedeutet, dass Betroffene zuerst eine Wohnung bekommen und danach andere Hilfen angeboten werden. Es gibt unterschiedliche Konzepte. Ziel sollte aber sein, dass alle Menschen selbst entscheiden können, welche Hilfen sie brauchen und in Anspruch nehmen wollen. Bisher wurden aber zu wenige Wohnungen für Housing First Projekte geschaffen. Es würde beim jetzigen Tempo der Versorgung ca. 80 Jahre dauern, alle Menschen in Housing First Projekten unterzubringen. Es braucht eine politische Intervention, um hier schneller voranzukommen.

Leerstand vermeiden

Das Beispiel Habersaathstraße zeigt, dass es leerstehende Gebäude gibt, die ohne viel Aufwand als Wohnraum zur Verfügung gestellt werden könnten. Es gibt bereits heute die rechtliche Möglichkeit, leerstehende Gebäude zu beschlagnahmen, wenn Eigentümer:innen nicht innerhalb einer bestimmten Frist eine Baugenehmigung oder Mietverträge vorlegen können. Geschieht dies nicht, sind Strafen bis hin zur Beschlagnahme möglich. Von der Politik werden diese Instrumente aber bisher nicht genutzt, da weiterhin hohe rechtliche Hürden bestehen. Zudem werden viele Optionen, Wohnraum zu schaffen nicht genutzt. Nach der Räumung der Rummelsburger Bucht wurden zum Beispiel Bürogebäude errichtet, obwohl zurzeit in Berlin viele Bürogebäude leer stehen und dringend mehr Wohnraum benötigt wird.



Die Gruppe fordert, dass brachliegende Grundstücke oder Leerstände nach einer gewissen Zeit konsequent beschlagnahmt werden sollten. Dazu müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Es braucht aber auch den Willen der Politik, Präzedenzfälle zu schaffen. Auch dafür braucht es Druck auf die Politik, denn Städte und Gemeinden sorgen in einigen Fällen selbst für Leerstand. Viele leerstehende Hotels würden sich als Wohnraum eignen. Die rechtlichen Grundlagen sind hier jedoch nicht gegeben, um sie durch Beschlagnahme in Wohnraum umzuwandeln. Auch sollten Gesetzesänderung eingeführt werden, um die Umwandlung in Wohnraum zu ermöglichen und Beschlagnahmen einfacher zu machen.

Lebensqualität und Verkehrsplanung

Bei den Teilnehmer:innen herrscht der Eindruck, dass aus Kostengründen immer mehr am Schallschutz von neuen Gebäuden geplant wird und diese immer schlechter gedämmt sind. Das ist nicht nur ein Problem, wenn es um Verkehrslärm geht. Es bedeutet auch, dass sich Wohnungen im Sommer stärker aufheizen und im Winter schneller auskühlen, vor dem Hintergrund des Klimawandels ein großes Problem. Hitze scheint den Teilnehmer:innen langfristig das größere Problem zu sein als



Kälte. Gut gedämmte Gebäude sind ein wichtiger Faktor für mehr Lebensqualität. Aber auch eine bessere Verkehrsplanung ist wichtig. Ziel sollte es sein, autofreie Städte mit einem sehr gut ausgebauten schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr zu schaffen. Die Stadt Gent könnte hier als Vorbild dienen. Das hieße, dass mehr S-Bahn- und U-Bahnlinien benötigt werden. Straßenbahnen sollten derzeit nicht weiter ausgebaut werden. Einerseits kommen sie im derzeitigen Straßenverkehr nur langsam voran. Andererseits sind sie auch besonders laut und störend für Anwohner:innen. Die Gruppe hält fest, dass Wohnungsnot und Verkehrswende eng zusammenhängen.

Hindernisse für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und der Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Die Teilnehmer:innen halten fest, dass es schon viele Ideen und Ansätze gibt, um neuen Wohnraum zu schaffen. Oftmals fehlen aber die **Ressourcen**, um gute Projekte umzusetzen. Die Erfahrung zeigt außerdem, dass viele Ideen von Engagierten von Entscheidungsträger:innen nicht ernst genommen werden. Hier wünschen sich die Teilnehmer:innen mehr Offenheit. Es ist sehr frustrierend, weil das Gefühl entsteht, dass wenig bewegt werden kann. Ein weiteres Hindernis für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sind die **Bodenpreise**, die enorm hoch sind. Günstiges Bauen wäre evtl. dennoch möglich, wenn man bestehende Gebäude aufstockt und Nachverdichtung und Zwischenbebauung vorantreibt. Auch hier erscheint es den

Teilnehmer:innen, dass der politische Wille fehlt, dies verstärkt umzusetzen.

Es könnte auch helfen, Wohnungslosigkeit zu verringern, wenn **Stellplätze für Wohnwagen** als Wohnort anerkannt werden und entsprechend Wagenplatzgebühren als Wohnkosten übernommen werden.

Diskriminierung am Wohnungsmarkt wird als weiteres großes Problem erkannt.

Änderungen sind dringend notwendig. Viele Projekte zur Unterstützung von Wohnungs- und Obdachlosen werden von Ehrenamtlichen getragen. Gleichzeitig werden viele Einrichtungen immer voller. Das kann langfristig nicht aufgefangen werden. Es bedarf also auch hier mehr **Unterstützung von Seiten der Politik**.

Viele **kostenlose Angebote** sind bei Betroffenen noch nicht ausreichend bekannt. Zum Beispiel gibt es in Dortmund sehr viele kostenlose Angebote für Betroffene, angefangen bei kostenloser Essensversorgung, Kleiderkammern und Notunterkünften. Diese sind aber bei vielen nicht bekannt.

Das Ziel, **Wohnungslosigkeit bis 2030 abzuschaffen**, ist nach Einschätzung der Teilnehmer:innen unter den gegebenen Rahmenbedingungen zurzeit unrealistisch. Ein wichtiger Schritt wäre es, das Recht auf eine angemessene Wohnung in das Grundgesetz aufzunehmen. Zwar ist dies in der europäischen Sozialcharta aufgenommen, dieses Recht ist jedoch nicht einklagbar. Dies muss aber möglich werden.

Anknüpfungspunkte und nächste Schritte

Aus dem Kreis der Teilnehmer:innen wird vorgeschlagen, dass es hilfreich wäre, eine Übersicht über die rechtlichen Rahmenbedingungen und Hürden zu erstellen, um damit an die Politik heranzutreten. Auch Themen wie die Mietpreisbremse erscheinen wichtig und sollten weiter diskutiert werden.

Es wurde vorgeschlagen, in Kontakt zu bleiben und eine Arbeitsgruppe zu bilden, die das Thema weiterverfolgt. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Teilnehmer:innen über digitale Zugänge verfügen. Ein wichtiger nächster Schritt wäre es, eine klare Aufgabenbeschreibung für die Gruppe zu formulieren. Auch könnten bestehende Konzepte für Selbstverwaltung als Grundlage genutzt und weiterentwickelt werden.



Bereits geplante nächste Veranstaltungen zum Thema sind:

- 18. November Veranstaltung „Gemeinsam gegen Eigenbedarfskündigung“, 14-17 Uhr; Dragoner Areal, Obentrautstraße 19-21, Berlin
- 23. November Podiumsdiskussion gegen Abriss und Zweckentfremdung, 19 Uhr, Schillerbibliothek, Berlin
- Aktionstag 2024 gegen Wohnungslosigkeit

Weitere Aktivitäten im Kontext des und auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung

Auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung vernetzten sich in weiteren Programmteilen Aktive zu unterschiedlichen Themen, die über das Jahr in den Strukturen der nationalen Armutskonferenz bearbeitet werden:

Vernetzung in der Europa-AG –EAPN



Die nationale Armutskonferenz ist Teil des **European Anti-Poverty-network (EAPN)**. Die Europa-AG berichtet abends von der europäischen Vernetzungsveranstaltungen, Lobbyaktivitäten gegenüber Europäischer Kommission und Europäischen Parlament sowie dem Europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrung (People Experiencing Poverty – PEP; https://www.eapn.eu/recap_pep2023/). An diesen Treffen

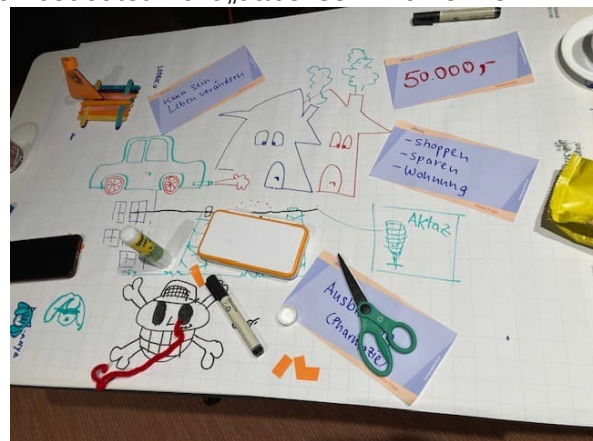
nehmen jährlich drei Personen aus Deutschland teil, die von der Europa-AG benannt werden. Armut ist relativ: das wurde mit den europäischen Vergleichsmaßstäben festgestellt und ist Teil eines Benchmark-/ Vergleichssystems der Europäischen Union. Das, was in einem Mitgliedsstaat als „normal“ gilt, soll allen Menschen zugänglich sein. Dieser Europäische Maßstab ist wichtig, damit Armut in Deutschland nicht einfach kleingeredet werden kann.

Wahl der OrgaGruppe

Am zweiten Tag fand die **Wahl zur OrgaGruppe für das kommende Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen** statt. Das aktuelle Treffen wurde vorbereitet mit den Menschen, die im vergangenen Jahr aus dem Kreis der Teilnehmenden gewählt wurden: Renate Antonie Krause (Kiel), Michael Dahmen (Darmstadt), Monja Ben Messaoud (Böblingen) und Kay Raasch (Freiburg). Entsprechend der Wahlordnung hatten sich über den Tag die Beteiligten in der Wähler:innenliste registriert. Zur Teilnahme an der Wahl berechtigt waren Personen, die aktuell in Armut leben oder für einen erheblichen Zeitraum in den letzten fünf Jahre armutsbetroffen waren. Das wird durch eine Eigenerklärung und eine Eintragung in das Wahlverzeichnis dokumentiert. Als neue Orga-Ruppe wurden ergänzend zu den weiterhin aktiven Personen aus der schon bestehenden Orga-Gruppe gewählt: Elvira Prescher (Oberhausen), Karsten Schade (Saarbrücken), Manja Starke (Heimsbach/Eifel) und Caroline Werle (Frankfurt/Main).

Kinder- und Jugendwerkstatt

Nicht nur Erwachsene tauschten sich auf dem Treffen der Menschen mit Armutserfahrung aus, sondern auch Kinder und Jugendliche. Dieser Prozess fand den ganzen Tag statt. Der **Austausch persönlicher Erfahrungen** in altersgemäßer Weise stand dabei im Vordergrund. Viele schilderten, was es konkret und schmerzlich bedeutet nicht „dabei sein“ zu können. Ganz konkrete Erlebnisse in der Schule, Schwierigkeiten mit Schulreisen, Probleme mit dem Ausrichten von Geburtstagsfeiern, fehlende digitale Ausstattung oder einfach nur schlechte Kleidung, Ernährung und fehlendes Spielzeug sind drängende Themen. Die Kinder und Jugendlichen schrieben einen Brief an den Bundeskanzler, in dem sie ihn zum Dialog mit in Armut lebenden Kindern und Jugendlichen aufforderten. Ihre Sichtweisen sollten bei der Entwicklung von Maßnahmen gegen Armut unbedingt maßgeblich sein.



Die Nationale Armutskonferenz ist jährlich Ausrichter:in des „**Ratschlag Kinderarmut**“, in dem mit Kinderschutz- und Familienorganisationen weitere Forderungen ausgearbeitet und in Diskussionen mit Politiker:innen eingebracht werden. (<https://www.nationale-armutskonferenz.de/2022/11/14/ratschlag-kinderarmut-fordert-mehr-geld-fuer-die-bekaempfung-von-kinderarmut/>; der nächste Ratschlag findet im Juni 2024 statt)

Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz

Im Anschluss an das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung trat die Redaktionsgruppe für den „Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz“ zusammen. Diese sammelt Berichte von Menschen mit Armutserfahrung und aus Verbänden, was Armut für die Menschen konkret bedeutet. Armut wird als Entrechtung, Entwürdigung und ständige Belastung erlebt. Demgegenüber werden in Armut Lebende gesellschaftlich an den Pranger gestellt und für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht. Der Schattenbericht soll in 2024 ergänzend zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ausgearbeitet werden, der weiteren Veranschaulichung von Armut dienen und ein Beitrag zum Überwinden von Diskriminierung und Vorurteilen sein.

Medienpreis

Intensiv diskutierte die Vorbereitungsgruppe für einen Medienpreis, der faire und angemessene Berichterstattung über Armut würdigen soll. Zunächst war angedacht, auf dem diesjährigen Treffen der Menschen mit Armutserfahrung bereits eine Auszeichnung zu vergeben. Allerdings sind Recherche und Werbung für Beiträge, die dann durch eine Jury gesichtet werden können, weit aufwändiger, als dies ein zweitägiger gemeinsamer Arbeitsprozess ermöglicht. Darum wird die Gruppe über das Jahr ihre Arbeit verstetigen und ein handhabbares Konzept erarbeiten.

Zusammenarbeit mit der Klimaallianz

Armutsbekämpfung ist Klimaschutz – Klimaschutz ist Armutsbekämpfung. Zunächst sind solche Aussagen irritierend. Wer sich aber intensiver mit dem Klimawandel und dem CO₂-Fußabdruck beschäftigt, stellt schnell fest: je höher das Einkommen, desto größer der CO₂-Fußabdruck. In Armut Lebende sind aus Mangel die stärksten Klimaschützer! Dennoch sind sie von Maßnahmen wie dem CO₂-Preis besonders stark betroffen. Auf der anderen Seite erleben wie in jedem Sommer, was zu heiße Wohnungen und mit Grünflächen unterversorgte Wohnviertel und im Winter, was schlechte Wärmedämmung bedeutet. Dieser Themenkomplex soll gemeinsam mit der Klimaallianz bearbeitet werden – auf einer Tagung im Juni 2024 und in Positionspapieren. In 2022 und 2023 fanden Vernetzungstreffen „für einen sozialen und ökologischen Neuanfang“ statt, in die Teilnehmende und Vorbereitende des Treffens der Menschen mit Armutserfahrung einbezogen waren. Die inhaltliche Grundlage für diese Arbeit sind gemeinsam erarbeitet zehn Thesen zum Thema: https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/2022/09/Zehn-Thesen-sozialoekologischer-Neustart_12.12-20-ergaenzt.pdf

Medienarbeit und Politische Gespräche

Teilnehmende und Vorbereitende des Treffens der Menschen mit Armutserfahrung sind laufend in öffentliche Medienaktivitäten und politische Gespräche der Nationalen Armutskonferenz eingebunden. Es besteht ein „Pool“ an Personen, die sprechfähig zu verschiedenen Themen sind und sich hierfür Unterstützung und Fortbildung organisiert haben.

Die Nationale Armutskonferenz wird nicht mehr – wie bis 2020 – durch einen Sprecher:innenkreis aus Verbänden geleitet. Vielmehr führt ein Koordinierungskreis die Geschäfte, der zu aktuellen Themen jeweils die öffentliche Interessenvertretung durch Menschen mit Armutserfahrung organisiert. In diesem Rahmen fanden und finden Presse- und politische Gespräche zu Themen wie Digitale Ausgrenzung, Ernährungsarmut, Inflation, Kinderarmut und den Wirkungen und der Ausgestaltung des Bürgergeldes statt, aber auch Demonstrationsteilnahmen und Wortbeiträge wie bei der „Wir haben es satt“-Demonstration zu Landwirtschaft und Agrarwende.



Der Beteiligungsprozess im Rahmen des 7. ARB



Ines Morgenstern von der Beratungsorganisation ORBIT aus Jena berichtete über ihr Projekt „Armut geht uns alle an“, das im Rahmen der Vorbereitung des 7. Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziert und unterstützt wird und lud zur weiteren Beteiligung ein. Seit 25 Jahren beschäftigt sie die Fragen: Wie kommen Perspektiven

von Menschen mit Armutserfahrung in die Politik? In den Beteiligungsprozess waren die Nationale Armutskonferenz und dort aktive Menschen mit Armutserfahrung eng eingebunden und beteiligten sich an **Online-Fragebogen, drei Foren für Hauptamtliche und aktive Ehrenamtliche** sowie der **Befragung von Fokusgruppen vor Ort**.

Die Teilnehmenden wünschen, **auch bei der Reflektion der Ergebnisse** durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und bei strategischen Überlegungen, was gegen Armut zu tun ist, im direkten Gespräch einbezogen zu werden.